

Helmut Jacobs:

Alles, was zu mehr Ausbildungsplätzen führt, ist gut

Zu TOP 36 – Ablehnung der Ausbildungsplatzabgabe, erklärt der Berufsschulexperte der SPD-Landtagsfraktion, Helmut Jacobs:

In den letzten vier Jahren ist die Zahl der Ausbildungsplätze auf Bundesebene um 12 Prozent zurückgegangen. Appelle an die Wirtschaft, mehr Ausbildungsplätze bereitzustellen, sind wirkungslos geblieben. Die Zahl der unversorgten Schulabgänger steigt von Jahr zu Jahr. Ich hatte bereits in der letzten Landtagssitzung zu diesem Thema gesagt, dass wir Sozialdemokraten eine umlagenfinanzierte Ausbildung immer als ultima ratio gesehen haben. Wir haben in den letzten Jahren eine Reihe von Vorschaltmaßnahmen auf den Weg gebracht, die vermutlich das Problem zwar erheblich mildern konnten, aber offensichtlich nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie stellen sich hier in fast jeder Landtagstagung hin und fordern „Keine Ausbildungsplatzabgabe“. Sie bejammern die schlechte Konjunkturlage und die angeblich ausbildungsunfähigen Schulabgänger. Sie sagen aber nicht, wie es weitergehen könnte. Ich kenne von Ihnen keine Beiträge und Vorschläge zur Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft. Ihr Vorschlag beschränkte sich stets auf die Forderung „weniger Geld für Lehrlinge“.

Das Berufsausbildungssicherungsgesetz ist von rot-grün verabschiedet worden,

- um der Verstaatlichung der beruflichen Bildung entgegenzutreten. Inzwischen befinden sich an den Berufsschulen lediglich 47 % der Schülerinnen und Schüler in einer dualen Ausbildung.
- um einen drohenden Fachkräftemangel zu vermeiden und

- um allen ausbildungswilligen Jugendlichen die Chance zu geben, einen Ausbildungsplatz zu erhalten.

Es muss unser aller Ziel sein, dass kein junger Mensch von der Schulbank in die Arbeitslosigkeit kommt. Außerdem hat die rot-grüne Parlamentsmehrheit im Bundestag in einer EntschlieÙung den Unternehmen einen freiwilligen Ausbildungspakt angeboten. Der Pakt soll sicherstellen, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungsplatz erhält. Falls es zu diesem Pakt kommt, wird es keine Abgabe geben. Das Gesetz würde in der Schublade landen. Diesen EntschlieÙungsantrag haben auch die meisten Gegner einer Ausbildungsumlage aus dem rot-grünen Lager sehr begrüÙt.

In das jetzt beim Bundesrat liegende Berufsausbildungssicherungsgesetz sind eine Reihe von Änderungen und Nachbesserungen eingebracht worden. So wurde insbesondere der Kreis derjenigen, die von der Abgabepflicht befreit werden, erheblich erweitert. Es sind Personal-Service-Agenturen und Arbeitgeber, die Träger von Heimen, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern, Einrichtungen und Diensten der Kinder-, Jugend- und Drogenhilfe sind und Schulen. Auch Kommunen, die auf Fehlbedarfszuweisungen angewiesen sind, sind ausgenommen. Bei der Bemessung der Umlagen werden auch Ausbildungen anerkannt, die nicht in der Handwerksordnung aufgelistet sind, wie z. B. Erzieherinnenausbildung, Volontäre, Auszubildende an Berufsakademien und Praktikanten im Anerkennungsjahr.

Im Gesetz wurde präzisiert, dass tarifliche Regelungen, die nach Zweck und finanzieller Belastung dem Gesetz gleichwertig sind, Vorrang haben sollen. Hier sind insbesondere die Chemie- und die Baubranche gemeint. Wesentlich fand ich auch, dass Ausbildungsverbände aus mehreren Unternehmen voll gefördert werden sollen.

Meine Damen und Herren, wer behauptet, dass eine Umlagenfinanzierung das duale System langsam ausbluten lässt, der irrt. Der Rückzug der Wirtschaft aus der betrieblichen Ausbildung korrespondiert mit einem höheren staatlichen Engagement bei der Schaffung und Finanzierung von betrieblichen Ausbildungsplätzen. Schon jetzt sind

weniger als 50 % unserer Berufsschüler in einer dualen Ausbildung. Mit den Abgabemitteln können aber Ausbildungsplätze des dualen Systems in großer Zahl finanziert werden. Das Gegenteil tritt also ein. Wer behauptet, dass sich viele Betriebe freikaufen könnten, hat vielleicht Recht. Aber die Wirkung des Gesetzes ist einfach: Durch die Umlage gibt es Geld für Ausbildung. Nichtausbildung kostet Geld.

Wer behauptet, dass die Umlagenfinanzierung einen hohen Verwaltungsaufwand erforderlich macht, hat vielleicht auch Recht. Aber jeder, der sich mit diesem Thema befasst, weiß, dass es seit Jahren eine Zitterpartie und ein Gewürge ist, genügend Ausbildungsplätze zu bekommen. Schon jetzt sind in jedem Bundesland Hunderte von Menschen damit beschäftigt, Ausbildungsplätze zu akquirieren. Die vielen Maßnahmen, Bündnisse und Aktionen wären dann überflüssig und würden den Verwaltungsaufwand rechtfertigen.

Wer sich vehement gegen eine Ausbildungsplatzumlage einsetzt, möge gefälligst sagen, was dagegen unternommen werden könnte, um unversorgten Schulabgängern den Weg in die Langzeitarbeitslosigkeit zu ersparen. Unser Augenmerk sollte primär auf die jungen Menschen ausgerichtet sein. Alle Lösungen, die zu Ausbildungsplätzen führen, sind gut.